



Pet 1-19-12-950-025182

06217 Merseburg

Binnenschifffahrt

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 10.06.2021 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Begründung

Mit der Petition wird die Vollendung des Saale-Leipzig-Kanals gefordert.

Zur Begründung seines Anliegens trägt der Petent im Wesentlichen vor, dass der Saale-Leipzig-Kanal (auch Saale-Elster-Kanal genannt) Anknüpfungspunkte in das Mitteldeutsche Revier habe und daher mit Vollendung des Kanals die einmalige Möglichkeit bestehe, Ökologie, Ökonomie und den Zusammenhalt des Landes zu stärken, Strukturwandel erfolgreich zu organisieren und dem gesamten Land damit ein Geschenk zum Jubiläum der Deutschen Einheit zu machen. Zudem sei die Verlagerung von Güterverkehr von der Straße auf die Wasserstraße eine gute Möglichkeit, im Verkehrssektor CO₂ einzusparen.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zu dem Vorbringen wird auf die eingereichten Unterlagen verwiesen.

Die Eingabe wurde als öffentliche Petition auf der Internetseite des Petitionsausschusses eingestellt. Sie wurde von 34 Mitzeichnern unterstützt. Außerdem ging ein Diskussionsbeitrag ein.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Eingabe darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter



anderem unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Der Petitionsausschuss hält zunächst einführend fest, dass der Saale-Leipzig-Kanal eine Nebenwasserstraße des Bundes mit einer Gesamtlänge von 18,9 Kilometer (km) ist. Davon sind 11,3 km ab Leipzig geflutet, welche für die heutige Güterschifffahrt unzureichende Abmessungen aufweisen. An der trockenen Reststrecke wurde in den 1930er-Jahren teilweise mit Bauwerken begonnen, die aber insgesamt nie fertig gestellt wurden.

Ausweislich der Stellungnahme des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) ist die Vollendung des Saale-Leipzig-Kanals mit Lückenschluss zur Saale nicht vorgesehen.

Grund dafür ist, dass die Fertigstellung des Kanals als Transportverbindung keinerlei Bedeutung hat. Zudem findet auf dem gefluteten Teil des Kanals nur mäßiger Freizeitverkehr statt. Daher besteht für den Bund keine Veranlassung, das 1943 eingestellte Kanalprojekt einer Verbindung von der Saale bis nach Leipzig erneut aufzugreifen.

Der Bund erhält bislang mit der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) lediglich die vorhandenen Bauwerke, die Wasserfläche sowie die Dämme in einem verkehrssicheren Zustand.

Der unvollendete Kanal ist für die WSV auf der gesamten Strecke entbehrlich. Einer Übernahme durch Dritte steht der Bund somit offen gegenüber. Bei einer Abgabe des Kanals würden die eingesparten Unterhaltungskosten des Bundes in die Ermittlung der Ablössungssumme einfließen. Bislang gibt es jedoch keine konkreten Anfragen zu einer Übernahme des Saale-Leipzig-Kanals durch Dritte (Land, Kommunen).

Vor diesem Hintergrund vermag der Petitionsausschuss keinen parlamentarischen Handlungsbedarf zu erkennen. Der Petitionsausschuss empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte. Der von der Fraktion der AfD gestellte Antrag, die Petition der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, wurde mehrheitlich abgelehnt.